

Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postcheckkonto Leipzig 28614

Ersteilung täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis der Zeitung monatlich 4.50 Mk., durch unsere Mitglieder zugewogen in der Höhe monatlich 3 Mk., auf dem Lande 4.45 Mk., durch die Post bezogen vierteljährlich 13.25 Mk. mit Zustellungsgebühr. Alle Postämter und Poststellen sowie andere Abnehmer und Geschäftsstellen nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen hat der Besteller seinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Abrechnung des Bezugspreises.



Insertionspreis 1 Mk. für die 6 getragene Korpuszeile oder deren Raum, Restamen, die 2-spaltige Korpuszeile 2.50 Mk. Bei Wiederholung und Jahresauftrag entsprechender Ermäßigung. Bekanntmachungen im amtlichen Teil (nur von Behörden) die 2-spaltige Korpuszeile 3 Mk. Nachweisungsgebühr 50 Pfg. Anzeigenannahme bis vormittags 10 Uhr. Für die Wichtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Abbestellungsanspruch ist nur dann zulässig, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Standhaftigkeit gesteht.

Erscheint seit

dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Weissen, des Amtsgerichts Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt. Verleger und Drucker: Arthur Zschunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Päßig, für den Inseratenteil: Arthur Zschunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 225.

Sonntag den 25. September 1921.

80. Jahrgang.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Zwischen dem Reich und Bayern soll in den nächsten Tagen eine Verständigung zu erwarten sein.

* Der preussische Minister des Innern hat einen Erlaß an die Oberpräsidenten mit Anweisungen zur Bekämpfung wucherischer Preissteigerungen herausgegeben.

* Der ehemalige Reichsfinanzminister Hermann Müller erklärte auf dem sozialdemokratischen Parteitag die Nachricht für erfindlich, daß die Partei den Reichsfinanzminister Wirth fallen lassen werde.

* Das neue bayerische Kabinett ist gebildet worden ohne Teilnahme der Bayerischen Mittelpartei.

* Im badischen Landtag machte der Staatspräsident aufsehenerregende Enthüllungen über das Bestehen politischer Geheimorganisationen.

* Das Ultimatum der Entente an Ungarn wegen des Burgenlandes ist in Budapest überreicht worden. Es stellt eine Frist von 14 Tagen für die Räumung.

Teuerungswucher.

In den letzten drei Monaten hat sich zugleich mit dem Fall der Mark an den Börsen eine neue Teuerung entwickelt, nachdem in der vorangegangenen Zeit bereits eine gewisse Festlegung der Preise für die Nahrungs- und Bedarfsmittel festzustellen war. Im Anschluß an diese Teuerungswelle erlebte man dann folgenlos jeder Teuerung: neue Lohn- und Gehaltsforderungen, Betriebsstörungen, Streiks, kurz eine außerordentliche Verunsicherung des ganzen Wirtschaftslebens. Eine außerordentliche Zunahme der Preise und all der erwähnten unangenehmen Folgen trat aber erst in den letzten Wochen ein, als Gerüchte verbreitet wurden, die Ernte im Reich sei so ungünstig ausgefallen, daß man auf Ernährungsschwierigkeiten im Winter werden müsse. Es war vergeblich, daß von amtlicher Stelle versucht wurde, solchen Gerüchten entgegenzutreten und um so notwendiger erscheint es deshalb, zu prüfen, in welchem Zusammenhang Ernährungslage und Teuerung tatsächlich stehen, und ob die letztere vielleicht nicht durch andere unsanftere Kräfte ebenso als durch die gegebenen Verhältnisse gefördert wird.

Es kann nun ohne weiteres zugegeben werden, daß nach den Unterlagen, die das Reichs Ernährungsministerium hat, das laufende Jahr zwar nicht eine außerordentlich gute Ernte gebracht hat, aber es muß doch betont werden, daß man mit Sicherheit auf eine gute Mittelernte rechnen kann, die zum Teil besser ausgefallen ist als die des vorangegangenen Jahres. Es ergibt sich das schon daraus, daß das Reichs Ernährungsministerium der Kartoffelindustrie beispielsweise in diesem Jahr die Hälfte ihres Friedensbedarfs an Kartoffeln zur Verarbeitung überweisen konnte, während sie im vorigen Jahr nur ein Drittel erhielt. Und ebenso ist es bezeichnend, daß von Seiten der Regierung in diesem Jahr Kartoffelhöchstpreise nicht eingeführt werden, weil man in einer Besprechung mit den Kartoffelerzeugern zu der Ansicht kam, daß die Ernte „etwas über mittel“ ausgefallen und daß der Bedarf im allgemeinen gut gedeckt sein werde. Etwas anders ist es mit der Getreidernte, und hier sind Einfuhren wie bisher gewohnt nötig.

Sinzu kommt nun aber, da die Erntelage tatsächlich die entstandene Teuerung nicht begründen kann, der kurzfristige Fall der Mark, der, wie ohne weiteres anerkannt werden muß, auf die Einfuhren, die im Winter nötig sein werden, verunsichernd wirken und auf einzelnen Gebieten in der Tat eine Verbilligung der Preise zur Folge haben wird. Damit kommt man den Ursachen der jetzigen Teuerungswelle schon näher. Zahlreiche Händler benutzen die in einem späteren Augenblick zu erwartende Teuerung, um sich schon jetzt auf Kosten der Gesamtheit zu bereichern. Sie verteidigen ihre Preiserhöhungen ständig mit dem Hinweis auf den Fall der Mark, während dieser sich ja erst im Winter tatsächlich auswirken wird und sie in Wirklichkeit heute noch mit den bei einem besseren Stand unserer Währung eingelaufenen Vorräten arbeiten. Sie sind also gewissermaßen wertscheißend, was ihre Preise anbetrifft, der Zeit um einige Monate vorausgeschickt, und die Differenz zwischen der Gegenwart und ihren Zukunftspreisen drückt sich in den hohen Gewinnen aus, die in ihre Taschen fließen.

Es ist allerhöchste Zeit gewesen, daß von behördlicher Seite gegen dieses zeitliche Vordrängen allzuzügiger Kaufleute endlich Front gemacht wird, denn in der gewöhnlichen Alltagssprache bezeichnet man ihre Geschäftsmethoden mit dem Wort Wucher, gegen den gerade in wirtschaftlich so schweren Zeiten, wie wir sie erleben, die Allgemeinheit geschützt werden muß. Ein Erlaß des preussischen Innenministers gegen Wucher, der soeben veröffentlicht wird, kommt deshalb, wenn nicht schon zu spät, so doch im allerletzten Augenblick, in dem er Erfolg haben kann. Es wird darin darauf hingewiesen, daß aus Eigeninteresse zahlreiche Händler billig eingelaufene Ware teuer verkaufen, ja daß sie vielfach wichtige Lebensmittel verfaulen lassen und dadurch den Wuchercharakter ihrer Preise noch erhöhen. Die Polizeibehörden werden angewiesen, die Preise einer eingehenden und fortwährenden Überwachung zu unterziehen, die Ein- und Verkaufspreise ständig zu prüfen, dafür zu sorgen, daß billig eingelaufene Lagerware nicht zu überhöhten Preisen verkauft wird und vor allem,

den Käufer auch zu bekämpfen, wenn nicht besondere Anzeigen vorliegen, sondern wenn ein eigenes Vorgehen der Polizei notwendig ist. Besonders diese letzte Anweisung wird sehr wichtig sein, denn Anzeigen erfolgen in vielen Fällen aus irgend welchen persönlichen und privaten Gründen nicht, ohne daß in solchen Fällen die polizeiliche Pflicht die Allgemeinheit vor Ausbeutung zu schützen, aufgehoben ist. Es ist auch zu begründen, daß die Polizeibehörden aufgefördert werden, die Finanzämter auf Geschäfte mit hohen Preisen zwecks steueramtlicher Nachprüfung aufmerksam zu machen, denn wenn der Minister die Meinung ausspricht, die Verbraucher müssten in der Zuversicht gestärkt werden, daß der Staat in der Lage sei, sie vor Wucher zu schützen, so wird diese Zuversicht tatsächlich dadurch am meisten gefördert werden, wenn beobachtet wird, wie die Wucherer die Steuerorgane zu umgehen wissen, während der Lohnempfänger und der Beamte allmonatlich seinen Steuerabzug gebührend hinnehmen muß.

Die Verordnung selbst versucht somit den tatsächlichen Verhältnissen gerecht zu werden. Es muß die Hoffnung ausgesprochen werden, daß die ausführenden Polizeibehörden es verstehen, sie wirklich zur Geltung zu bringen. Denn sonst wird unser Wirtschaftsleben in unverantwortlicher Art geschädigt und die wirtschaftliche Spannung so erhöht werden, daß die Folgen unabweisbar sind.

Das neue bayerische Kabinett.

Verhandlungen in Berlin.

Der neue Ministerpräsident Graf Lerchenfeld unterbreitete in der Abend Sitzung des Freitags alsbald nach Eröffnung der Abgeordneten folgende Ministerliste:

Ministerpräsident und gleichzeitig Minister des Äußeren und Minister der Justiz Graf Lerchenfeld, Inneres Dr. Schweyer, Unterricht und Kultus Dr. Ratt, Finanzen Dr. Krausnick, Soziale Fürsorge Oswald, Landwirtschaft Wuhlhofer, Handel, Industrie und Gewerbe Hamm.

Es sind somit alle Minister des vorigen Kabinetts wiedergekehrt, außer v. Rahr (Volkspartei, Zentrum) und dem Justizminister Roth (Mittelpartei, Deutschnational). An Stelle des ehemaligen Ministerpräsidenten übernimmt der neu eingetretene bisherige Staatssekretär Dr. Schweyer das Innere, Ministerpräsident Graf Lerchenfeld für Roth die Justiz.



Graf Lerchenfeld-Rösering.

Der Bayerischen Volkspartei (Zentrum) gehören jetzt fünf Mitglieder des Kabinetts an: Lerchenfeld, Dr. Schweyer, Dr. Ratt, Dr. Krausnick, und Wuhlhofer; den Demokraten Hamm. Die Mittelpartei (Deutschnationalen) ist im Ministerium nicht mehr vertreten.

Landtagspräsident Königsbauer sagte, daß er das Einverständnis des Hauses für die Vorschläge des Ministerpräsidenten annehme. Widerspruch erfolgte nicht. Der Präsident begrüßte die neue Staatsregierung.

insbesondere den Ministerpräsidenten Grafen Lerchenfeld und gedachte in seinen weiteren Ausführungen auch der vormaligen Staatsregierung, besonders des Ministerpräsidenten v. Rahr, dem er Dank aussprach.

Lerchenfelds Programm.

In einer Ansprache führte der Ministerpräsident aus: Wenn die Koalition sich durch das Ausscheiden einer Partei geändert hat, so liegt doch kein Grund vor, die aus dem Bedürfnissen des Landes herausgewachsenen Grundlagen der bisherigen Politik zu verlassen. Die allgemeinen Richtlinien, nach denen ich die bayerische Politik in Zukunft zu führen gedenke, bleiben daher dieselben. Graf Lerchenfeld gedachte dann der Verdienste des Herrn v. Rahr und betonte dann: Ich behalte mir vor, zu einzelnen Fragen später Stellung zu nehmen. Für heute möchte ich nur drei Dinge herausstellen, über die ich Ihnen, wie ich glaube, Rechenschaft schuldig bin:

1. Aufrechterhaltung der mühsam errungenen Ruhe und Ordnung im Staate. Ich bin mir bewußt, daß von dieser Grundlage aus allein der Wiederaufbau unseres Vaterlandes möglich ist.
2. Unser Verhältnis zum Reiche. In diesem Punkte steht für mich die Treue zum Reiche unerbürdlich fest.
3. Ein weiterer großer Gedanke, von dem ich mich leiten lassen möchte, ist der der sozialen Gerech-

nung. Das größte Unglück sehe ich in der Verklüftung im Klassenkampf.

Zum Schluß seiner Rede wies Graf Lerchenfeld auf die Notwendigkeit des Vertrauensverhältnisses zwischen den Mitgliedern der Volksvertretung und der Regierung hin. Seine Tür würde jederzeit und jedem offen stehen. Im demokratischen Staatswesen müsse ein Gedanke alle Bürger erfüllen, wenn anders der Staat seinen Schaden erleiden soll: die Liebe zu Bayern, die Liebe zum großen deutschen Vaterlande!

Graf Lerchenfeld hat die Reise nach Berlin angetreten, um persönlich die Verhandlungen mit der Reichsregierung über die Aufhebung des Belagerungszustandes und die Anwendung der Verordnung des Reichspräsidenten vom 29. August zu führen. — Der Vorsitzende der nationalsozialistischen Arbeiterpartei, Adolf Hitler, der unter dem Verdacht, die Verteilung der antisemitischen Flugblätter während der letzten Tage organisiert zu haben, verhaftet worden war, ist wieder auf freien Fuß gesetzt worden. Auch die verhafteten Zeitungsverleger wurden wieder freigelassen.

Verständigung in Aussicht.

Zu den Verhandlungen zwischen Bayern und dem Reich wird von halbamtlicher Seite in Berlin mitgeteilt, daß die beste Aussicht bestehe, endlich zu einer Verständigung zu gelangen, die selbstverständlich zu ansäuen werde, daß es weder einen Sieger noch einen Besiegten gebe. Es müsse alles geschehen, um eine Erschwerung der Lage des neuen bayerischen Kabinetts zu vermeiden, dem man mit vollem Vertrauen entgegenzusehen könne.

Am 29. September soll im Bayerischen Landtage die politische Aussprache beginnen. Man hofft, daß bis dahin die Verhandlungen zwischen Bayern und dem Reich zu einem befriedigenden Resultat gelangt sind.

Politische Geheimorganisationen.

Enthüllungen im Badischen Landtag.

Karlsruhe, 23. September.

In der heutigen Sitzung des Badischen Landtages machte der Staatspräsident aufsehenerregende Mitteilungen über das Bestehen von politischen Geheimorganisationen und deren Bestimmungen, die von der Staatsanwaltschaft aufgefunden wurden.

Diese Bestimmungen nennen als geistige Ziele: Weiterpflege und Verbreitung des nationalen Gedankens, Kampfung des Judentums, der Sozialdemokratie, der Weimarer Verfassung. An materiellen Zielen werden genannt: Sammlung entschlossener nationaler Männer, Einsetzung einer nationalen Regierung, um die durch den Versailler Vertrag herbeigeführte Entwertung unmöglich zu machen.

Weiter wird gesagt: „Die Organisation ist eine Geheimorganisation. Sie verpflichtet die Mitglieder untereinander, ein Schutz- und Trutzbündnis zu schließen, wodurch jeder Angehörige der Organisation der weitgehenden Hilfe aller anderen Mitglieder sicher sein kann.“ Der Staatspräsident stellte nach Verlesung der Mitteilungen fest, daß der Würder Tillessen einer Köfner Zentrumsfamilie angehört, seiner Schwester aber geschrieben habe, sie solle künftig deutschnational wählen. Ferner sagte der Staatspräsident hinzu, daß die beiden Würder Erbsbergers dieser Geheimorganisation angehört, ebenso Klinger und Müller.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Reichsminister Wirth zur obersten Frage.

In der „Europäischen Staats- und Wirtschaftszeitung“ äußert sich Dr. Wirth in einem Artikel: „Oberstufen — unsere größte Sorge“ über die Notwendigkeit, eine baldige Entscheidung herbeizuführen. Der Reichsminister sagt u. a.: „Wir wetteifern nicht um die Gunst irgendeines Vertreters im Völkerbundsrat und im Obersten Rat, wir hoffen auf die Gerechtigkeit, weil das ganze deutsche Volk ohne Unterschied der Partei von dem Gedanken unseres Rechts erfüllt ist. Eine Enttäuschung dieser Hoffnung wäre einfach unerträglich, und zwar nicht nur für das deutsche Volk allein, sondern für alle, die noch an den Sieg des Rechts in der Welt glauben.“

Die Verhandlungen über die Sanktionen.

Eine Neutermeldung aus London besagt, daß die Verhandlungen zwischen Großbritannien, Frankreich und Deutschland wegen der Termine, an denen die wirtschaftlichen Sanktionen aufgehoben werden sollen, noch andauern. Einige Mißverständnisse habe die deutsche Regierung schon aufgeklärt. Obwohl noch einige technische Einwände der Regelung harren, bestche kein Zweifel, daß bald ein Weg zur Regelung gefunden werde.

Reisefloßen der Reichsbeamten.

Der Reichsrat genehmigte den Entwurf einer Reisefloßenverordnung für die Reichsbeamten. Der Entwurf

Beziehungen der...
Kauf...
Stelle...